

Beschlussvorlage

Vorlage Nr.: 365/2011

Beratungsfolge	Status	Termin	Art der Beratung
Ausschuss für Stadtentwicklung, Planung und Umweltschutz	öffentlich	04.10.2011	Vorberatung
Verwaltungsausschuss	nicht öffentlich		Entscheidung

Sachbearbeiter/in: gez. Matthias Blanke	Stellv. Fachbereichsleiter/in: gez. Olaf Freitag
--	---

Stellungnahme der Stadt Varel zum Antrag auf Bewilligung zur Entnahme von Grundwasser durch die Papier- und Kartonfabrik Varel

Sach- und Rechtslage:

Mit Schreiben vom 06.09.2011 (Eingang Stadt Varel 08.09.2011) hat der Landkreis Friesland der Stadt Varel den Antrag der Papier- und Kartonfabrik Varel (PKV) auf Bewilligung zur Entnahme von Grundwasser mit der Bitte um Stellungnahme bis zum 14.10.2011 zugeleitet. Dieser Antrag liegt in der Zeit vom 20.09. bis 19.10.2011 zur allgemeinen Einsichtnahme bei der Stadt Varel aus.

Die Papier- und Kartonfabrik Varel beantragt gemäß § 8 Wasserhaushaltsgesetz die Bewilligung zur Entnahme von Grundwasser mit einer Höhe von maximal:
4.500.000cbm/Jahr,
435.000 cbm/Monat und
750 cbm/Stunde.

Zu diesem Zweck möchte die PKV acht neue Brunnen bohren, so dass für die Entnahme insgesamt 15 Brunnen zur Verfügung stehen. Nördlich von Winkelsheide sollen dabei fünf Brunnen entstehen, westlich von Langendamm ein Brunnen und auf dem Betriebsgelände der PKV zwei Brunnen. Einige ältere Brunnen (auf dem Betriebsgelände) sollen außer Funktion genommen werden.

Des Weiteren wurde ein Antrag auf Zulassung des vorzeitigen Beginns gemäß § 17 Wasserhaushaltsgesetz für eine Fördermenge von

3.600.000 cbm/Jahr,

348.000 cbm/Monat und
750 cbm/Stunde

gestellt.

Bislang liegt eine Genehmigung zur Entnahme von 2.800.000 cbm/Jahr bzw. 275.000 cbm/Monat Grundwasser vor.

Der Antrag enthält zudem Vorschläge zur hydrogeologischen, landwirtschaftlichen, forstwirtschaftlichen und geotechnischen Beweissicherung. Im Bereich der geotechnischen Beweissicherung wird u.a. vorgeschlagen, ausgewählte Gebäude sowie Bauten mit Holzpfahlgründung zu begutachten. Zudem sollen im Bereich der Bahnstrecke und der Autobahn Höhenmesspunkte angebracht werden.

Hintergrund dieser Beweissicherungsvorschläge ist die geotechnische Stellungnahme, die in bestimmten Bereichen Veränderungen und evtl. Schäden durch eine Absenkung des Grundwassers nicht ausschließen kann.

Für den Bereich der kommunalen Straßen wird in dem Antrag nicht auf Beweissicherungsmaßnahmen eingegangen. Es wird jedoch auch hier verwaltungsseitig für notwendig erachtet, dass eine entsprechende Beweissicherung durchgeführt wird. Insofern sollten in dem Bereich, der von einer möglichen Grundwasserabsenkung betroffen sein könnte, auch Höhenmesspunkte an den kommunalen Straßen und sonstigen Einrichtungen angebracht werden.

Zu dem Tagesordnungspunkt werden Frau Grote vom Landkreis Friesland, Herr Büsing von der Papier- und Kartonfabrik Varel, Herr Dipl.-Ing. Duensing (Geodex) und Herr Wieg (IGB Ingenieurgesellschaft) anwesend sein, um den Antrag der Papier- und Kartonfabrik Varel zu erläutern und Fragen zu beantworten.

Beschlussvorschlag:

Dem Antrag auf Bewilligung zur Entnahme von Grundwasser durch die Papier- und Kartonfabrik Varel wird unter der Maßgabe zugestimmt, dass sichergestellt wird, dass evtl. auftretende Schäden durch Grundwasserabsenkung von der Papier- und Kartonfabrik getragen werden. Entsprechende umfangreiche Beweissicherungsverfahren sind durchzuführen. Die kommunalen Straßen im Bereich einer möglichen Grundwasserabsenkung sind zur Beweissicherung mit Höhenmesspunkten auszustatten. Auftretende Schäden sind durch die Papier- und Kartonfabrik Varel zu tragen.